



Berlin, 29. August 2004

Die Bürgerversicherung: Solidarität nutzt allen

Die SPD will eine Bürgerversicherung für alle einführen.

Die Bürgerversicherung wird unser Gesundheitssystem solidarischer, gerechter und auch volkswirtschaftlich vernünftiger machen.

In Zukunft können alle Bürgerinnen und Bürger ihre Krankenkasse als gesetzliche oder private frei wählen.

In der Bürgerversicherung bleibt es bei dem Solidarprinzip. Jeder zahlt nach seiner Leistungsfähigkeit.

Aus der Bürgerversicherung erhalten in Zukunft alle die gleichen hochwertigen Leistungen.

Zur Gerechtigkeit gehört in Zukunft, dass das Aufkommen für das Gesundheitswesen nicht mehr nur aus Beiträgen aus Erwerbseinkommen erbracht wird.

Dadurch können die Beiträge für die große Mehrheit der Versicherten sinken. Das entlastet die Versicherten und steigert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Die Entscheidung für die Bürgerversicherung ist auch eine Entscheidung für die Stärkung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft. Die Frage ist: Wie wollen wir leben? Sorgt in Zukunft jeder nur noch für sich allein, oder sind die Menschen für die Menschen da?

Das Kopfpauschalenmodell der Union ist ungerecht und bricht mit dem Solidarprinzip. Es sieht vor, dass der Bankdirektor den gleichen Beitrag zahlt wie die Busfahrerin.

Die Bürgerversicherung macht den Weg nicht überflüssig, das Gesundheitswesen effizient und in verantwortungsvoller Weise sparsam zu organisieren.

CDU/CSU und FDP wollen das höchste Gut der Menschen, ihre Gesundheit, völlig den Gesetzen des Marktes ausliefern. Sie wollen eine andere Gesellschaft.

Wir wollen eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Denn sie hat Lebensqualität und ist leistungsstark.

Eckpunkte für eine solidarische Bürgerversicherung

Der SPD-Parteivorstand hat auf seiner Klausur am 28./29. August 2004 die folgenden Eckpunkte der Bürgerversicherung verabschiedet:

1. Warum wir die Bürgerversicherung wollen

Für die Menschen in Deutschland ist die Gesundheitsversorgung ein wichtiges Gut. Sie wollen medizinische Leistungen auf hohem qualitativem Niveau. Sie wollen, dass ihre hart verdienten Beiträge effizient und wirtschaftlich verwendet werden. Und sie wollen, dass das Gesundheitssystem solidarisch und gerecht ist.

Mit den vorliegenden Eckpunkten für eine Bürgerversicherung setzen wir unsere Gesundheitspolitik konsequent fort. Wir haben Strukturreformen für mehr Wirtschaftlichkeit umgesetzt. Erste Erfolge sind sichtbar.

Auch in Zukunft stellen wir mit der Bürgerversicherung die Weichen für eine solidarische Finanzierung. Die alleinige Belastung der Erwerbseinkommen ist nicht zukunftsfähig. Die Bedeutung der Kapitaleinkommen wird wachsen. Sie müssen ihren Beitrag leisten. Das ist gerecht, schafft Stabilität und senkt die Lohnnebenkosten. Für uns ist klar: allen Ansätzen, die auf einkommensunabhängige Beiträge abzielen (Kopfpauschalen) erteilen wir eine Absage.

Wir sorgen für einen echten Leistungs- und Qualitätswettbewerb zwischen der Gesetzlichen und der Privaten Krankenversicherung.

Mit den vorliegenden Eckpunkten folgen wir dem Auftrag des SPD-Bundesparteitages in Bochum.

Der Parteivorstand hat die Projektgruppe beauftragt, den Beschluss des Parteitages zu konkretisieren und ein Modell für eine Bürgerversicherung vorzulegen. Eckpunkte des Modells der Bürgerversicherung der SPD sind:

2. Solidarität auf neuer Basis

- Wir wollen die **Solidarität stärken**. Gesunde sorgen für Kranke, Alleinstehende für Familien. Wer gut verdient, trägt dazu bei, dass auch Menschen mit geringem Einkommen die beste medizinische Versorgung bekommen. Denn Krankheit ist ein Lebensrisiko, das jeden treffen und das niemand alleine schultern kann. Solidarische Absicherung ist deshalb wichtig für alle.
- Auch mit dem **Einbezug anderer Einkünfte**, wie Einkünften aus Kapitalvermögen, aus gewerblicher und selbstständiger Tätigkeit stärken wir die Solidarität. Bisher wird das Gesundheitswesen über Löhne und Gehälter finanziert, die alleine die Last nicht mehr tragen können. Zukünftig werden Einkünfte wie Zinsen und Dividenden an Bedeutung gewinnen.
- Erwerbseinkommen und Kapitaleinkommen finanzieren zusammen die Bürgerversicherung. **Zwei Säulen tragen mehr als eine**. Auch damit reagieren wir auf die demographische Entwicklung.
- Positiv für alle: **die Beitragssätze sinken**. Damit entlasten wir Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

- Solidarität muss bezahlbar bleiben. Die Bürgerversicherung schafft **mehr Effizienz durch Wettbewerb**: den Wettbewerb um Qualität, den Wettbewerb um die besten medizinischen Angebote und die günstigsten Beiträge.

Durch unsere Bürgerversicherung werden all diejenigen, die kleine und mittlere Einkommen beziehen, profitieren. Sie werden spürbar entlastet. Stärker belastet wird nur der kleine Teil der Bürgerinnen und Bürger, der über hohe Kapitaleinkommen verfügt.

3. Was ist die Bürgerversicherung? Unsere Eckpunkte:

- Bürgerversicherung versichert alle Bürgerinnen und Bürger. Die Versicherungspflichtgrenze wird aufgehoben.
- Gesetzliche Krankenkassen bieten Bürgerversicherung an. Private Krankenversicherungen können Bürgerversicherung zu gleichen Wettbewerbsbedingungen anbieten. Alle Bürgerversicherungstarife werden in den Risikostrukturausgleich einbezogen.
- Der Bürgerversicherungstarif umfasst folgende Mindestanforderungen:
 - Einkommensbezogene Beiträge: Jeder zahlt nach seiner Leistungsfähigkeit aus Erwerbs- und Kapitaleinkommen seine Beiträge. Lohnbezogene Beiträge werden paritätisch finanziert.
 - Kontrahierungszwang: jede Versicherung – ob gesetzliche oder privat - muss jeden ohne Gesundheitsprüfung aufnehmen.
 - Gesetzlicher Leistungskatalog: alles medizinisch Notwendige ist versichert: zu 100% und in bester Qualität.
 - Sachleistungsprinzip: Patientinnen und Patienten erhalten die Leistungen unmittelbar und müssen nicht voraus zahlen.
- Bürgerinnen und Bürger können ihre Kasse frei wählen. Wer gesetzlich versichert ist, kann künftig zwischen den Bürgerversicherungsangeboten der gesetzlichen und der privaten Kassen wählen. Wer bereits einen privaten Versicherungsvertrag nach altem Muster hat, kann diesen behalten oder in einen Bürgerversicherungsangebot seiner Wahl wechseln.
Wer neu krankenversichert wird, geht sofort in die Bürgerversicherung. Dabei wird nicht vorgeschrieben, ob das gesetzliche oder das private Bürgerversicherungsangebot gewählt wird.
- In der Bürgerversicherung sind Familienmitglieder ohne eigenes Einkommen und Kinder beitragsfrei mitversichert.

4. Solidarität auf breiter Basis

In der Bürgerversicherung wird das Prinzip der Umlagefinanzierung weiterentwickelt. Für den Einbezug der Kapitaleinkommen zur Finanzierung der solidarischen Krankenversicherung unterbreitet die Projektgruppe zwei Umsetzungsvorschläge.

Grundmodell ist das 2-Säulen-Modell

- Das 2-Säulen-Modell erreicht deutliche Entlastungen für den Arbeitsmarkt. Durch die Einbeziehung anderer Einkommensarten und die Ausweitung auf alle Personen können wir die Lohnnebenkosten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer deutlich senken.
- Wir bleiben bei der Beitragsbemessungsgrenze.
- Die Erwerbseinkommen aus Lohn, Gehalt, selbständiger Tätigkeit, Renten und der Arbeitslosenversicherung werden wie bisher bis zur Beitragsbemessungsgrenze zu Beiträgen herangezogen. Dies ist die erste Säule der Beiträge.

Variante 1: Das 2-Säulen-Beitragsverfahren

- Einkommensabhängige Beiträge aus Erwerbseinkommen werden durch eine zweite Beitragssäule ergänzt, die sich auf Kapitaleinkommen bezieht. Damit wird die Belastung nach Leistungsfähigkeit erreicht
- In der zweiten Säule werden Kapitaleinkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze herangezogen. Für diese zweite Säule gilt der steuerrechtliche Sparerfreibetrag (derzeit 1340 €/Jahr). Bei der Verbeitragung wird auf die Daten der Finanzämter zurückgegriffen.

Variante 2: Das Kapital-Steuer-Modell

- Einkommensabhängige Beiträge werden durch eine Abgeltungssteuer ergänzt, die sich nach den Kapitaleinkommen richtet. Eine vernünftige Mischung aus Beiträgen und pauschalen Steuern gewährleistet Stabilität und Demographiefestigkeit.
- Der Einbezug von Kapitaleinkommen zur solidarischen Krankenversicherung, wird als Teil einer Abgeltungssteuer in Höhe von etwa 7% erhoben, der zweckgebunden in die Finanzierung der Bürgerversicherung fließt.
- Ein aus Steuern auf Kapitaleinkünfte finanzierter Zuschuss an die Krankenversicherung wird sofort von allen, auch den privat Versicherten, erhoben. Im Rahmen einer Abgeltungssteuer entfällt eine Beitragsbemessungsgrenze für Einkünfte aus Kapitalvermögen. Der Solidarbeitrag für alle Kapitaleinkommen wirkt sich sofort beitragsmindernd aus.
- Solange es nicht zur Einführung einer Abgeltungssteuer kommt, kann der Zuschuss an die Krankenversicherung auch im Rahmen der Kapitalertrags- und Zinsabschlagsteuer erbracht werden.

5. Vorteile für Arbeitgeber und den Arbeitsmarkt

- In der Bürgerversicherung bleibt es bei der paritätischen Finanzierung der Beiträge aus abhängiger Beschäftigung. Die Beibehaltung des Arbeitgeberbeitrags ist wichtig, denn nur so haben auch die Unternehmen und ihre Verbände ein unmittelbares Interesse, dass das Gesundheitssystem wirtschaftlich ist.

- Die Einführung der 2. Beitragssäule oder der Abgeltungssteuer entlastet die Einkommen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Sie entlastet zudem die Lohnkosten für die Arbeitgeber. Die Lohnnebenkosten lassen sich mit den vorgestellten Modellen deutlich absenken. Das bringt Impulse für den Arbeitsmarkt.

6. Mehr Wettbewerb um Qualität

Die Bürgerversicherung ersetzt weitere Strukturreformen im Gesundheitswesen nicht. Die Projektgruppe hält zwei Strukturreformen, die die Wirkungen und die Logik der Bürgerversicherung ideal ergänzen, für elementar:

- Die Möglichkeit, direkte Verträge zwischen Krankenkassen, Ärzten und Krankenhäusern zu schließen, wird ausgeweitet. Die integrierte Versorgung, spezielle Behandlungsprogramme und Spezialisierungen werden weiter ausgebaut, um bestmögliche Versorgung zu gewährleisten. Niemand wird von Qualität und medizinischem Fortschritt ausgeschlossen.
- Die Qualität der Behandlungen wird verbessert und insbesondere durch eine qualitätsorientierte Vergütung der Ärzte unterstützt. Die freie Arztwahl stärkt so die Rolle der Patienten.